Die Internetseite www.rentenpolitikwatch.de wurde gestartet.

geschrieben von Reiner Heyse | 10. April 2016

Pressemitteilung vom 11.04.2016: **Die Internetseite www.rentenpolitikwatch.de wurde gestartet.**

Mehr als 50% (10 Millionen) Rentner bald in Altersarmut?

Senkung des realen Rentenniveaus um 30%?

Wir sagen: NEIN!

Und fordern die Politiker auf: Kehrt endlich um!

89% der Wahlbürgerinnen und Wahlbürger würden eine Partei, die die Renten kürzen will, nicht wählen! Das hat das Emnid-Institut in einer Umfrage im Februar 2015 ermittelt.

Aber offensichtlich verhalten sich die Wählerinnen und Wähler bisher anders als sie eigentlich wollen oder gehen aus Enttäuschung nicht mehr wählen (28% Nichtwähler).

Die CDU/CSU, SPD, Die GRÜNEN und die FDP haben das Rentenniveau seit 2000 real um 10% gesenkt, es soll bis 2030 um weitere 15% gesenkt werden! Wer die Renten systematisch um über 25% senkt, ist nicht wählbar!

Auch die Binnennachfrage wird damit erheblich vermindert, mit volkswirtschaftlich sehr schädlichen Folgewirkungen.

Die genannten Parteien haben durch Renten- und Arbeitsmarkt“reformen“ mit einer Reihe von Gesetzen dafür gesorgt, dass Altersarmut stark zunimmt. Statt eine lebensstandardsichernde Rente zu erhalten, werden in wenigen Jahren viele Millionen Menschen in Deutschland von Altersarmut betroffen sein.

RENTENPOLITIK-WATCH will die Orientierung in einer komplexen, schwer durchschaubaren politischen Landschaft erleichtern.

Die Renten sind die Lebensgrundlage für über 20 Millionen Menschen in diesem Land. Sie wird die zukünftige Lebensgrundlage aller folgenden Generationen sein. Über die Höhe dieser, **mehr als 90% der Bevölkerung betreffenden, Lebensgrundlage** wird politisch bestimmt.

Wie die einzelnen Politikerinnen und Politiker, Abgeordneten und Kandidierenden zur Bundestagswahl sich zu dieser fundamentalen Frage verhalten, ob sie den eingeschlagenen Kurs zur millionenfachen Altersverarmung weiter verfolgen wollen oder ob sie dagegen- bzw. umsteuern wollen, soll anhand von fünf grundsätzlichen Fragen transparent gemacht werden.

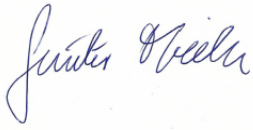
Wir fordern die Bundestagsabgeordneten und in Zukunft die Kandidierenden zur Bundestagswahl 2017 auf, Stellung zu beziehen. Sie sollen sich mit der grundlegenden gesellschaftspolitischen Frage gründlicher beschäftigen: welchen Wert haben die älteren Menschen in diesem Land.

Sind sie ein lästiger Kostenfaktor, der minimiert werden muss?

Oder sind sie eine Größe, die es verdient hat, in Würde zu leben und ein materiell und rechtlich abgesichertes Leben aktiv, selbstbestimmt und respektiert weiter zu führen.

Die Stellungnahmen der Politikerinnen und Politiker werden sowohl übersichtlich als auch detailliert auf unserer Internetseite dokumentiert. Wir wollen damit helfen, zur richtigen Wahlentscheidung bei der nächsten Bundestagswahl im Herbst 2017 zu kommen.

Für den RENTENPOLITIK-WATCH Trägerkreis,

Hildegard Harms, ver.di und DGB Senioren Hamburg	 Günter Triebe, IGM Senioren Berlin	Otto W. Teufel, ADG München

Alle weiteren Informationen auf: **www.rentenpolitikwatch.de**